

Aktenzeichen:	II-1226
Geschäftsbereich:	II
Organisationszeichen:	X912
Gültigkeit:	ab dem 11.05.2018

Arbeitsanleitung Nr. 106

Förderung bei Wegfall der Hilfebedürftigkeit

§ 16g SGB II – Förderung bei Wegfall der Hilfebedürftigkeit

(1) Entfällt die Hilfebedürftigkeit der oder des Erwerbsfähigen während einer Maßnahme zur Eingliederung, kann sie weiter gefördert werden, wenn dies wirtschaftlich erscheint und die oder der Erwerbsfähige die Maßnahme voraussichtlich erfolgreich abschließen wird.

(2) Zur nachhaltigen Eingliederung in Arbeit können Leistungen nach dem Ersten Abschnitt des Dritten Kapitels, nach § 44 oder § 45 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 des Dritten Buches oder nach § 16a oder § 16f bis zu sechs Monate nach Beschäftigungsaufnahme auch erbracht werden, wenn die Hilfebedürftigkeit der oder des Erwerbsfähigen aufgrund des zu berücksichtigenden Einkommens entfallen ist. Während der Förderdauer nach Satz 1 gilt § 15 entsprechend.

Zielsetzung

§ 16g SGB II enthält Ausnahmen von der Grundregel des § 7 SGB II (Berechtigte), wonach Leistungen nach dem SGB II grundsätzlich Hilfebedürftigkeit voraussetzen.

Absatz 1 regelt die Möglichkeit der Weiterförderung einer bereits begonnen Eingliederungsmaßnahme, wenn die Hilfebedürftigkeit während der Maßnahme entfällt. Dadurch soll zum einen der Erfolg der Maßnahme und zum anderen ein wirtschaftlicher Umgang mit den eingesetzten finanziellen Mitteln sichergestellt werden.

Absatz 2 erlaubt die Beratung und das Angebot bestimmter Instrumente bis zu sechs Monate nach Beschäftigungsaufnahme in Fällen, in denen die Hilfebedürftigkeit dadurch entfallen ist, dass die/der erwerbsfähige Leistungsberechtigte (eLb) Einkommen erzielt.

Zur Stabilisierung der Beschäftigungsaufnahme und zur Sicherung einer nachhaltigen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung können Leistungen erforderlich sein, die dem (erneuten) Verlust des Arbeitsplatzes zu vermeiden helfen.

Diese Leistungen können, je nach den Bedingungen des Einzelfalles, in Form der Beratung und Vermittlung bis hin zu bestimmten Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik erbracht werden.

Die Leistungen sollen in der Zuständigkeit der Standorte von Jobcenter team.arbeit.hamburg fortgeführt werden, um die Betreuungskontinuität zu erhalten.

Die Bewilligungsdauer dieser Leistungen orientiert sich an der arbeitsmarktüblichen Probezeit und der Tatsache, dass vor allem in den ersten Monaten nach Arbeitsaufnahme Stabilisierungsbedarf besteht bzw. entstehen könnte.

Ist der Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt geglückt, gilt es, die Integration nachhaltig durch stabilisierende Nachbetreuung zu sichern.

Inhaltsverzeichnis

1. Rechtsnorm § 16g Abs. 1	4
2. Rechtsnorm § 16g Abs. 2	4
2.1 Zielgruppe und Voraussetzungen	4
2.2 Leistungen	5
2.2.1 Betreuung und Beratung	5
2.2.2 Angebot der im § 16g Abs. 2 genannten Instrumente.....	5
2.2.2.1 Vermittlungsbudget (VB)	5
2.2.2.2 Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung (MAbE)	6
2.2.2.3 Freie Förderung (FF)	6
2.2.2.4 Kommunale Eingliederungsleistungen	6
2.3 Kennzeichnung in VerBIS / Eingliederungsvereinbarung	6

Paragrafen ohne Bezeichnung des Gesetzes sind solche des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II).

1. Rechtsnorm § 16g Abs. 1

§ 16g Abs. 1 soll einer/einem eLb ermöglichen, eine geförderte Maßnahme auch dann zu Ende zu bringen, wenn während der Förderung die Hilfebedürftigkeit entfällt. Förderbar sind alle Eingliederungsmaßnahmen.

Die Entscheidung zur Weiterförderung trifft die Integrationsfachkraft (IFK) einzel-fallbezogen unter Berücksichtigung von Wirtschaftlichkeit und voraussichtlichem Maßnahmeerfolg. Die Entscheidung ist ausführlich zu dokumentieren.

2. Rechtsnorm § 16g Abs. 2

2.1 Zielgruppe und Voraussetzungen

§ 16g Abs. 2 dient der Unterstützung einer nachhaltigen Eingliederung in Arbeit und regelt die Leistungserbringung für eLb, die eine Beschäftigung aufgenommen haben und die Hilfebedürftigkeit aufgrund des Einkommens entfallen ist. Dies schließt auch Beschäftigungsverhältnisse ohne Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, wie z.B. Förderung von Arbeitsverhältnissen (FAV) gem. § 16e SGB II ein. Es soll der (erneute) Verlust des Arbeitsplatzes vermieden werden. **Zielgruppe**

Zielgruppe sind alle eLb, die auch nach Arbeitsaufnahme weitere Unterstützung wünschen und benötigen. Die weitere Unterstützung kann insbesondere für eLb des beschäftigungsorientierten Fallmanagements oder Langzeitarbeitslose sinnvoll sein.

Durch die IFK können im Rahmen des § 16g Abs. 2 folgende **Leistungen** erbracht werden (Nachbetreuung): **Leistungskatalog**

- a. Betreuung und Beratung
- b. Angebot der im § 16g Abs. 2 genannten Instrumente

Sowohl die Betreuung als auch die in § 16g genannten Förderleistungen können, trotz fehlender Hilfebedürftigkeit, ab dem Zeitpunkt der Beschäftigungsaufnahme für bis zu sechs Monate erbracht werden. **Dauer der Förderung**

Nach § 16g Abs. 2 SGB II beginnt der Förderzeitraum mit dem Zeitpunkt der Beschäftigungsaufnahme. Dieser kann von dem Zeitpunkt der Wirksamwerdens des Arbeitsvertrages abweichen:

Beispiel:

- Abschluss des Arbeitsvertrages: am 02.01.
- Beschäftigungsaufnahme: 01.02.
- Wegfall der Hilfebedürftigkeit: 01.03.
- Förderung nach § 16g Abs. 2 vom 01.02. bis 31.07. möglich

Für die Unterstützung von Ausbildungsverhältnissen stehen andere Instrumente, z.B. ausbildungsbegleitende Hilfen (abH) und assistierte Ausbildung (AsA), zur Verfügung. Eine Nachbetreuung im Rahmen des § 16g Abs. 2 sollte daher nicht aktiv angeboten werden. Bei Beantragung einer Nachbetreuung ist über die alternativen Instrumente abH und AsA zu informieren.

**Ausbildungs-
verhältnisse**

2.2 Leistungen

2.2.1 Betreuung und Beratung

Die Nachbetreuung soll bedarfsorientiert angeboten werden.

Die Inanspruchnahme erfolgt durch die/den eLb freiwillig und erfordert immer deren Einwilligung. Diese kann von der/dem eLb jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.

Es wird empfohlen, das Angebot der Nachbetreuung bereits im **laufenden Integrationsprozess** bzw. bei Anbahnung einer Beschäftigungsaufnahme zu unterbreiten.

Nimmt die/der eLb eine Beschäftigung auf, bevor die Nachbetreuung angeboten werden konnte, so kann diese im Nachgang in Anspruch genommen werden, höchstens jedoch bis zu sechs Monate nach Beschäftigungsaufnahme.

Die Kontakthäufigkeit während der Nachbetreuungszeit richtet sich nach der individuellen Situation und den Handlungsbedarfen der/des eLb.

Kontakthäufigkeit

2.2.2 Angebot der im § 16g Abs. 2 genannten Instrumente

Wenn sich aus dem Beratungsprozess ein Unterstützungsbedarf hinsichtlich der Stabilisierung des Beschäftigungsverhältnisses ergibt, können ausschließlich die folgenden gesetzlich normierten Instrumente unter Berücksichtigung des individuellen Bedarfs der/des eLb genutzt werden.

Folgende Leistungen können erbracht werden:

- Vermittlungsbudget (VB) gem. § 16g Abs. 2 i.V.m. § 44 SGB III
- Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung (MAbE) gem. § 16g Abs. i.V.m. § 45 Abs. 1 S. 1 Nr. 5 SGB III
- Freie Förderung gem. § 16g Abs. 2 i.V.m. § 16f SGB II
- kommunalen Eingliederungsleistungen gem. § 16g Abs. 2 i.V.m. § 16a SGB II

2.2.2.1 Vermittlungsbudget (VB)

Leistungen aus dem VB können bis zu sechs Monate nach Antritt der versicherungspflichtigen Beschäftigung beantragt und erbracht werden, wenn die Hilfedürftigkeit aufgrund des zu berücksichtigenden Einkommens entfallen ist. Die Arbeitsanleitung zum VB (Nr. 091) gilt entsprechend. Der Förderzeitraum bemisst sich von der Antragstellung bis maximal sechs Monate nach Beschäftigungsaufnahme.

VB

2.2.2.2 Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung (MAbE)

§ 16g Abs. 2 bezieht sich ausschließlich auf Leistungen gem. § 45 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 SGB III. Es handelt sich hierbei um Maßnahmen zur Stabilisierung einer Beschäftigungsaufnahme. **MAbE**

Leistungen gem. § 45 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 4 SGB III dürfen daher nicht erbracht werden.

Sofern ein Aktivierungs- und Vermittlungsgutschein zum Tragen kommt, ist darauf zu achten, dass es sich ausschließlich um einen „AVGS05-Stabilisierung einer Beschäftigungsaufnahme“ und entsprechend zertifizierte Maßnahmen in COSACH handeln darf.

Maßnahmen zur Stabilisierung der Beschäftigungsaufnahme setzen zeitlich nicht **vor**, sondern **nach** der Aufnahme der Beschäftigung an. Förderfähig ist nur die Stabilisierung einer konkreten, tatsächlich aufgenommenen Beschäftigung.

Die Inhalte der Maßnahme sind auf den individuellen Unterstützungsbedarf, bezogen auf die Erhaltung des neuen Arbeitsverhältnisses, abzustellen.

Der Förderzeitraum bemisst sich von der Antragstellung bis maximal sechs Monate nach Beschäftigungsaufnahme.

2.2.2.3 Freie Förderung (FF)

Leistungen im Rahmen der FF können grundsätzlich erbracht werden.

FF

Das Hamburger Modell zur Beschäftigungsförderung (HAM) und die Probebeschäftigung im Rahmen der Freien Förderung sind Instrumente zur Aufnahme, nicht zur Stabilisierung einer Beschäftigung. Daher kommt eine Förderung über § 16g Abs. 2 i.V.m. 16f SGB II nicht in Betracht. Davon unberührt bleibt beim HAM die Möglichkeit der verspäteten Antragstellung.

**Besonderheit HAM/
Probebeschäftigung**

2.2.2.4 Kommunale Eingliederungsleistungen

Die Förderung mit kommunalen Eingliederungsleistungen gem. § 16a (z. B. Schuldnerberatung) ist möglich.

Kommunale Leistungen

Der Förderzeitraum bemisst sich von der Antragstellung bis maximal sechs Monate nach Beschäftigungsaufnahme.

2.3 Kennzeichnung in VerBIS / Eingliederungsvereinbarung

Erfolgt eine Nachbetreuung, soll eine neue Eingliederungsvereinbarung (EinV) geschlossen werden. Diese soll im Bereich Unterstützung durch das Jobcenter nur die in § 16g Abs. 2 genannten Leistungen beinhalten. Entsprechende lokale Textbausteine stehen in VerBIS zur Verfügung.

EinV

Im Bereich „Bemühungen des Kunden“ ist in der Regel nur im Falle einer geplanten Maßnahmeteilnahme gem. § 45 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 SGB III eine Eintragung erforderlich.

Die Gültigkeit ist auf die Förderdauer, jedoch längstens auf sechs Monate nach Beschäftigungsaufnahme, zu begrenzen. Auch hier steht zur Begründung ein entsprechender lokaler Textbaustein zur Verfügung.

In der Eingabemaske der EinV in VerBIS ist die Schaltfläche „Wegfall der Hilfebedürftigkeit“ zu aktivieren bzw. auszuwählen. Hierdurch sind die Inhalte der EinV trotz Wegfall der Hilfebedürftigkeit für die Dauer der Betreuung gültig.

Die Einwilligung zur Nachbetreuung wird mit einem ‚Klick-Einverständnis‘ in VerBIS dokumentiert.

Auf der Seite Lebenslauf gibt es den Bereich Nachbetreuung:

Erfassung Nachbetreuung

Nachbetreuung

Nachbetreuung nach Arbeitsaufnahme

Das Angebot einer Nachbetreuung nach Arbeitsaufnahme wurde (noch) nicht unterbreitet bzw. ist nicht erforderlich.

Nachbetreuung nach Ausbildungsaufnahme

Das Angebot einer Nachbetreuung nach Ausbildungsaufnahme wurde (noch) nicht unterbreitet bzw. ist nicht erforderlich.

[Entscheidung zur Nachbetreuung erfassen](#)

Wird „Entscheidung zur Nachbetreuung erfassen“ angewählt, kann danach die Einwilligung der/des eLb erfasst werden:

[Übernehmen](#) [Abbrechen](#)

Nachbetreuung nach Arbeitsaufnahme

Einwilligung des Kunden zur Nachbetreuung nach Arbeitsaufnahme *

☐ Ja

☐ Nein

Nachbetreuung nach Ausbildungsaufnahme

Einwilligung des Kunden zur Nachbetreuung nach Ausbildungsaufnahme *

☐ Ja

☐ Nein

[Übernehmen](#) [Abbrechen](#)

Sobald der Zeitpunkt des Wegfalls der Hilfebedürftigkeit feststeht, ist der Status über den Lebenslaufeintrag in VerBIS auf den Status „Ratsuchend“ (RASU) zu verändern und im Profiling die übergreifende Handlungsstrategie „Beschäftigungsaufnahme aktiv stabilisieren“ zu aktivieren.

Status in VerBIS

☐ **Abmeldung/Abgang**

Abmeldung aus der AV

[AV-Abmeldedatum erfassen](#)

Abgang und weitere ASU-Führung

Der Bewerber wird weiter arbeitsuchend geführt

[Weitere ASU-Führung entfernen](#)

Weitere RASU-Führung

[Weitere RASU-Führung](#)

Über die Schaltfläche „Weitere RASU-Führung“ wird anhand des Beginndatums des entsprechenden „Lebenslaufeintrags“ automatisch ein Beginndatum für die „RASU-Führung“ ermittelt.

Beginnt der Lebenslaufeintrag in der Vergangenheit, wird der Beginn der „RASU-Führung“ auf das heutige Datum gelegt, andernfalls entspricht es dem Beginn des Lebenslaufeintrags.

2.4 Ende der Nachbetreuung

„Die Nachbetreuung“, die Handlungsstrategie „Beschäftigungsaufnahme aktiv stabilisieren“ sowie der Status „Ratsuchend“ enden entweder

- bei Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses,
- bei Rücknahme der Einwilligung durch die/den eLb oder
- spätestens sechs Monate nach Beschäftigungsbeginn.

Bei Abschluss der Nachbetreuung wird der Datensatz des/der eLb in VerBIS geschlossen (Abmeldegrund: "Wegfall der Hilfebedürftigkeit"). Außerdem ist auf die Möglichkeit der weiteren Beratung nach § 31 Abs. 2 SGB III durch die Agentur für Arbeit hinzuweisen.